



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

EUROSYSTEM

PRESSEKONFERENZ am 5. Juli 2012

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch der Vizepräsident der Kommission, Herr Rehn, teilgenommen hat.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat heute beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** um 25 Basispunkte zu senken. Über die geldpolitisch relevante Frist hat der inflationäre Druck weiter nachgelassen, da einige der zuvor identifizierten Abwärtsrisiken für die Wachstumsaussichten des Euro-Währungsgebiets zum Tragen kamen. In Übereinstimmung hiermit ist die Grunddynamik der monetären Expansion nach wie vor verhalten. Die Inflationserwartungen für die Wirtschaft im Eurogebiet bleiben fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung auf mittlere Sicht unter, aber nahe 2 % zu halten. Zugleich bleibt das Wirtschaftswachstum im Euroraum weiterhin schwach, während erhöhte Unsicherheit das Vertrauen und die Stimmung belastet.

Wir haben sowohl konventionelle geldpolitische Maßnahmen als auch Sondermaßnahmen durchgeführt. Diese Kombination geldpolitischer Maßnahmen hat die Transmission unserer Geldpolitik unterstützt. Alle unsere geldpolitischen Sondermaßnahmen sind vorübergehender Natur, und wir sind weiterhin uneingeschränkt in der Lage, durch entschlossenes und rechtzeitiges Handeln mittelfristig Preisstabilität zu gewährleisten. Ich möchte zudem daran

erinnern, dass der EZB-Rat am 22. Juni 2012 weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Verfügbarkeit von Sicherheiten für Geschäftspartner beschlossen hat.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. In vierteljährlicher Betrachtung blieb das reale BIP im Euro-Währungsgebiet im ersten Quartal 2012 unverändert, nachdem im vorangegangenen Vierteljahr ein Rückgang von 0,3 % verzeichnet worden war. Die Indikatoren für das zweite Quartal dieses Jahres deuten auf eine erneute Abschwächung des Wirtschaftswachstums sowie erhöhte Unsicherheit hin. Über die kurze Frist hinaus betrachtet rechnen wir damit, dass sich die Wirtschaft im Eurogebiet allmählich erholt, wenngleich die Dynamik durch eine Reihe von Faktoren gedämpft wird. Insbesondere ist zu erwarten, dass die zugrunde liegende Wachstumsdynamik durch Spannungen an einigen Staatsanleihemärkten im Euroraum und deren Einfluss auf die Kreditvergabebedingungen, den Prozess der Bilanzanpassungen im finanziellen und nichtfinanziellen Sektor sowie die hohe Arbeitslosigkeit belastet wird.

Die Risiken für den Wirtschaftsausblick im Eurogebiet sind nach wie vor abwärts gerichtet. Sie ergeben sich insbesondere aus einer erneuten Verstärkung der Spannungen an einigen Finanzmärkten des Euroraums und deren möglichem Übergreifen auf die Realwirtschaft des Euro-Währungsgebiets. Abwärtsrisiken bestehen auch dahingehend, dass die Energiepreise auf mittlere Sicht erneut anziehen könnten.

Die jährliche HVPI-Teuerungsrate für das Eurogebiet belief sich der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Juni 2012 – unverändert gegenüber dem Vormonat – auf 2,4 %. Auf der Grundlage der aktuellen Preise der Terminkontrakte für Rohöl sollten die Preissteigerungsraten im Jahresverlauf 2012 weiter zurückgehen und 2013 wieder unter 2 % liegen. Über die geldpolitisch relevante Frist dürfte der zugrunde liegende Preisdruck angesichts eines verhaltenen Wachstums im Euroraum und fest verankerter langfristiger Inflationserwartungen moderat bleiben.

Unter Berücksichtigung der heutigen Beschlüsse sind die Risiken in Bezug auf die Aussichten für die Preisentwicklung mittelfristig nach wie vor weitgehend ausgewogen. Abwärtsrisiken ergeben sich vor allem aus den Auswirkungen eines schwächer als erwartet ausfallenden Wachstums im Eurogebiet. Aufwärtsrisiken bestehen im Zusammenhang mit einer weiteren Anhebung indirekter Steuern aufgrund der erforderlichen Haushaltskonsolidierung und auf mittlere Sicht unerwartet hohen Energiepreisen.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so blieb die Grunddynamik der monetären Expansion verhalten, wobei die kurzfristige Entwicklung eine gewisse Volatilität aufwies. Der Anstieg der Jahreswachstumsrate von M3 auf 2,9 % im Mai nach 2,5 % im April und damit auf einen Wert in der Nähe der im März verzeichneten 3,0 % ist in erster Linie auf eine Umkehr der Abflüsse bei den täglich fälligen Einlagen der nichtmonetären Finanzinstitute (insbesondere der Investmentfonds) im April zurückzuführen. Auch die Entwicklung der Geldmenge M1 wurde von diesen Faktoren sowie einer gestiegenen Präferenz für Einlagen mit kürzeren Laufzeiten bestimmt; die entsprechende jährliche Zuwachsrate erhöhte sich von 1,8 % im April auf 3,3 % im Mai.

Die jährliche Zuwachsrate der Buchkredite an den privaten Sektor (bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen) sank von 0,8 % im April auf 0,4 % im Mai. Die Jahreswachstumsraten der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und private Haushalte (bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen) gingen im Mai ebenfalls zurück und beliefen sich auf 0,2 % bzw. 1,3 %, wobei für die Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften negative monatliche Ströme zu verzeichnen waren. Das verhaltene Kreditwachstum ist weitgehend Ausdruck der aktuellen Konjunkturlage, der erhöhten Risikoaversion sowie der anhaltenden Bilanzanpassungen bei den privaten Haushalten und den Unternehmen, welche die Kreditnachfrage dämpfen.

Mit Blick auf die Zukunft ist es wichtig, dass die Banken ihre Widerstandsfähigkeit auch künftig erhöhen, sofern dies erforderlich ist. Die Solidität der Bankbilanzen wird von wesentlicher Bedeutung sein, wenn es darum geht, sowohl eine angemessene Bereitstellung von Krediten an die Wirtschaft als auch die Normalisierung aller Finanzierungskanäle zu unterstützen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich – unter Berücksichtigung der heutigen Beschlüsse – der wirtschaftlichen Analyse zufolge die Preise auf mittlere Sicht weiterhin im Einklang mit Preisstabilität entwickeln dürften. Die **Gegenprüfung** anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigt dieses Bild.

Lassen Sie mich nun ein paar Bemerkungen zu **sonstigen politischen Beschlüssen** machen. Wir begrüßen die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 29. Juni 2012, Maßnahmen zur Bewältigung der Spannungen an den Finanzmärkten, zur Wiederherstellung des Vertrauens und zur Wiederbelebung des Wachstums zu ergreifen. Wir stimmen darin überein, dass die Wirtschafts- und Währungsunion zukünftig auf eine solidere Grundlage gestellt werden muss und dass nachhaltiges Wachstum, solide öffentliche Finanzen und Strukturreformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit weiterhin hohe wirtschaftspolitische Priorität haben. Mit Wohlwollen nehmen wir den Beschluss zur Kenntnis, einen konkreten Fahrplan mit Terminvorgaben für die Verwirklichung einer echten Wirtschafts- und Währungsunion auszuarbeiten. Ferner begrüßen wir die auf dem Euroraum-Gipfel ergriffene Initiative für einen einheitlichen Aufsichtsmechanismus, die Möglichkeit der direkten Rekapitalisierung von Banken – unter angemessener Konditionalität – sowie den flexiblen und effizienten Einsatz der bestehenden EFSF/ESM-Instrumente zur Stabilisierung der Märkte. Die EZB ist bereit, bei der Durchführung von Marktoperationen als Fiskalagent für die EFSF/den ESM tätig zu werden.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Direktion Kommunikation
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: www.ecb.europa.eu
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.